

Editorial

Die Verfügbarkeit über Land ist häufig eine wichtige Bedingung für eine sichere Existenzgrundlage und damit eine Bedingung für sozialen Frieden. Gleichzeitig ist Landbesitz aber auch Anlass für Konflikte und Gewalt. In den letzten Jahren wurde in der deutschsprachigen, aber auch in der internationalen Friedens- und Konfliktforschung dem Thema Land vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt. Dies liegt sicherlich auch daran, dass Landinvestitionen – vor allem im Globalen Süden – zunehmen. Damit geht einher, dass die damit verbundenen negativen Folgen für die betroffene Bevölkerung in den Blick geraten. So haben dem Weltagrarbericht zufolge seit 2009 mindestens fünf Prozent der gesamten Ackerfläche Afrikas ihren Besitzer gewechselt.¹ Zugleich dienen nur rund 10% der weltweiten Landakquisitionen landwirtschaftlicher Nutzung. Damit werden vulnerable Bevölkerungsgruppen ihrer Existenzgrundlage beraubt, oftmals auch vertrieben, was die Befürchtung nahelegt, dass Landinvestitionen den gesellschaftlichen Frieden gefährden können.

Eine Erkenntnis, die in der Friedens- und Konfliktforschung nicht ohne Folgen geblieben ist. Anne Hennings und Louisa Prause haben in Heft 1/2015 der ZeFKo von einem Workshop zu »Contested Nature – Conflicts around Large-Scale Land and Resource Deals« berichtet, der sich insbesondere mit der Landnahme in (Post-)Konfliktstaaten und ihren Auswirkungen auf Peacebuilding-Dynamiken beschäftigte. Organisiert wurde dies vom neu eingerichteten Arbeitskreise »Natur, Ressourcen, Konflikte« der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK). Gleich zwei Beiträge des vorliegenden Heftes der Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung widmen sich dem Land-Konflikt-Nexus: Im Forum fassen Jan Sändig und Annette Schramm die Ergebnisse einer Tagung am SFB 923 (»Bedrohte Ordnungen«) an der Universität Tübingen zusammen, die sich mit Protesten und Widerstand gegen Großinvestitionen im Globalen Süden beschäftigt hat, bei denen es häufig auch zu Landraub kommt.

Der Beitrag von Anne Hennings wechselt den Fokus vom Staat auf die betroffene Bevölkerung und analysiert das Konfliktpotenzial von *Landgrabbing* in Bezug auf ohnehin marginalisierte Gruppen. Im Mittelpunkt stehen dabei pastorale Gruppen in Äthiopien, deren Zugang zu Ressourcen, aber auch zu Informationen erschwert

1 Weltagrarbericht 2016, <http://www.weltagrarbericht.de/themen-des-weltagrarberichts/landgrabbing.html>; 24.8.2016.

wird. Dies erhöht, so Hennings, das regionale Konfliktrisiko erheblich und trägt auch zur Destabilisierung in angrenzenden Ländern bei. Daran anschließend wird Sina Schlimmer im kommenden Heft 1/2017 argumentieren, dass Empfängerstaaten von Landtransaktionen keineswegs, wie in der Literatur häufig unterstellt, als schwache und homogene Akteure gelten können.

In den letzten Wochen und Monaten wurde in der politischen Öffentlichkeit viel über Fluchtursachen gesprochen – auch wenn es zurzeit so scheint, als wenn diese Debatte einer weitgehenden Versicherunglichung von Flüchtlingen weichen musste. Auch die akademische Diskussion über Flucht und Migration beschäftigt sich intensiver mit konfliktbedingten Fluchtursachen. Unterbelichtet bleiben dabei allerdings die Handlungsstrategien der Flüchtlinge selbst, die oftmals nur als Ver- oder Getriebene wahrgenommen werden. Ulrike Krause will mit ihrem Beitrag dieses Zerrbild korrigieren und hat dafür die Bewältigungsformen von Flüchtlingen in einem ugandischen Flüchtlingslager untersucht. Flüchtlinge sind, wie sie deutlich macht, häufig nicht nur widrigen Lebensbedingungen ausgesetzt und müssen mit Erfahrungen von Gewalt und Vertreibung zurechtkommen, sondern sie entwickeln zugleich individuelle und kollektive Handlungsstrategien, um diese Lebensbedingungen aktiv zu gestalten. Flüchtlinge – das wird auch in der politischen Diskussion gerne übersehen – sind Handlungssubjekte sowie Akteure und nicht nur passive Empfänger und Empfängerinnen sozialer Wohltaten.

Die Beseitigung von Flucht- und damit auch von Konfliktursachen gilt als schwieriges und langfristiges Unterfangen, dem kurz- und mittelfristige Strategien zur Beendigung von Gewaltkonflikten vorausgehen müssen. Aber wie wahrscheinlich ist es, dass es überhaupt zu Angeboten Dritter kommt, in Konflikten zu vermitteln? Dieser Frage gehen Levke Aduda und Margit Bussmann nach, indem sie untersuchen, wie einseitige Gewalt in Bürgerkriegen auf Mediationsangebote und -nachfrage wirken. Ihre statistische Analyse für den Zeitraum von 1989 bis 1999 belegt, dass eine hohe Zahl ziviler Opfer Mediationsangebote wahrscheinlicher macht. Ob damit auch Mediationserfolge wahrscheinlicher werden, ist natürlich eine ebenso offene Frage wie die nach den weiteren Faktoren, die Mediationsangebote durch Dritte begünstigen. Der Konflikt in Syrien zeigt gerade in aller Deutlichkeit, dass die Anzahl ziviler Opfer allein jedenfalls keine hinreichende Variable für erfolgreiche Mediationsangebote zu sein scheint.

In unserem Forum zum »Krieg gegen den Terror?« im letzten Heft befassten sich mehrere Autorinnen und Autoren mit der Gewalt des sog. »Islamischen Staates« und den Strategien zu seiner Bekämpfung. Im vorliegenden Heft setzen wir diese Diskussion mit zwei weiteren Beiträgen fort. Durchaus im Widerspruch zu einigen Positionen aus dem letzten Heft argumentiert Danaë C. Panissié, dass der Einsatz

militärischer Gewalt ein notwendiges, wenn auch nicht hinreichendes Mittel zur Bekämpfung des IS ist. Darüber hinaus fordert sie eine glaubwürdige und konsistente diplomatische und entwicklungspolitische Agenda insbesondere auch von Deutschland und der EU. Dass der IS nicht nur eine Gewaltorganisation ist, sondern in hohem Maße auch auf die Verbreitung von Bildern und Botschaften setzt, rückt der Beitrag von Michael Oswald und Michael Johann in den Mittelpunkt, der die These Peter Waldmanns aufgreift, dass es sich beim Terrorismus vor allem auch um eine Kommunikationsstrategie handelt.

Der sog. »Islamische Staat« war schließlich auch Gegenstand einer standortübergreifenden Ringvorlesung, die von neun Universitäten durchgeführt wurde. Durch die digitale Übertragung der Vorlesungen per Videokonferenz erhielten Studierende aus allen beteiligten Universitäten die Möglichkeit, an der Vorlesungsreihe teilzunehmen. Tanja Brühl und Ingo Henneberg berichten über dieses Lehrexperiment, mit dem es gelang, die Expertise von Friedens- und Konfliktforscherinnen und -forschern aus verschiedenen Universitäten für die Lehre zusammenzuführen. Dass Vorlesungen auch in der Friedens- und Konfliktforschung nicht ausschließlich dem klassischen Modell der Frontallehre und der Kopräsenz von Lehrenden und Studierenden folgen müssen, zeigt der Beitrag von Daniel Lambach und Caroline Kärger, die das Konzept des *Inverted Classroom* vorstellen und die Potenziale hervorheben, die mit ihm für die Lehre in der Friedens- und Konfliktforschung verbunden sind.

Von Beginn der Zeitschrift an war es uns ein wichtiges Anliegen, Fragen der aktuellen Forschung mit Fragen der Lehre und der politischen Debatte zu Krieg und Frieden zusammenzubringen. Wir freuen uns, dass dies im vorliegenden Heft erneut gelungen ist. Im kommenden Jahr werden wir versuchen, an diesem Konzept festzuhalten, so dass wir uns erneut auch Beiträge zur Lehre in der Friedens- und Konfliktforschung und zu pointierten, wissenschaftlich fundierten Standpunkten zu politisch einschlägigen Debatten wünschen. Das AFK-Kolloquium 2017 wird sicherlich dazu beitragen, dass dabei eine dezidiert europäische Perspektive in den Blick gerät, wird es doch zum ersten Mal gemeinsam mit der *European Peace Research Association* (EuPRA) zum Thema »Peace and Conflict Studies from the margins to the center. Rethinking Europe in an unequal world« ausgetragen.